



## Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

### **Dieselpreise explodieren seit Beginn des Iran-Krieges – das Taxi- und Mietwagengewerbe zahlt die Zeche, und der Staat kassiert mit!**

Der Taxi- und Mietwagenverband Deutschland fordert in Schreiben das Bundeswirtschafts-, Verkehrs- und Finanzministerium sowie das Bundeskartellamt auf, **unverzüglich einzugreifen** – durch **kartellrechtliche Prüfungen, steuerliche Entlastung** und **gezielte Hilfen** für ein Gewerbe, das jeden Tag Mobilität sicherstellt.

Seit dem Aufflammen des Iran-Krieges sind die Dieselpreise in Deutschland massiv gestiegen. Für das Taxi- und Mietwagengewerbe bedeutet das eine akute Existenzbedrohung. Während die Mineralölkonzerne ihre Preise im Windschatten geopolitischer Krisen nach oben treiben, profitiert der deutsche Staat in erheblichem Umfang von jedem weiteren Cent an der Zapfsäule.

### **Fast jeder zweite Euro geht an den Staat**

Aktuell besteht der Dieselpreis in Deutschland zu rund **48 % aus Steuern und staatlichen Abgaben**. Allein auf einen Liter Diesel entfallen:

- **47,04 Cent Energiesteuer**
- **rund 18–19 Cent CO<sub>2</sub>-Bepreisung** (bei 55–65 €/t CO<sub>2</sub>)
- **19 % Mehrwertsteuer**, die *auch auf Energiesteuer und CO<sub>2</sub>-Abgabe* erhoben wird

Damit kassiert der Staat – je nach Dieselpreis – **zwischen 85 Cent und über 1 Euro pro Liter** mit.

**„Der Staat verdient an jeder Preissteigerung automatisch mit – unsere Betriebe dagegen fahren immer tiefer in die Verlustzone“**, erklärt Thomas Kroker Präsident des Taxi- und Mietwagenverband Deutschland.

### **Preistreiberei trotz voller Lager**

Besonders brisant: Die aktuellen Preisauflschläge lassen sich nicht vollständig durch gestiegene Einkaufspreise erklären. Tanklager sind vielfach noch mit Kraftstoffen gefüllt, die zu deutlich niedrigeren Preisen eingekauft wurden. Dennoch werden an den Zapfsäulen Preise verlangt, als wäre der teure Neueinkauf längst Realität. Auch Verbraucherschützer und der ADAC kritisieren dieses Vorgehen seit Jahren scharf.

## **Doppelbelastung für ein systemrelevantes Gewerbe**

Das Taxi- und Mietwagengewerbe ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es sichert Mobilität für Millionen Menschen – insbesondere im ländlichen Raum, nachts, für Kranke, Ältere und Menschen ohne eigenes Auto. Gleichzeitig ist die Branche:

- tariflich reguliert
- preisgebunden
- massivem Wettbewerbsdruck durch plattformvermittelte Mietwagen ausgesetzt

## **Steigende Dieselpreise können nicht einfach an die Fahrgäste weitergegeben werden**

Der Verband fordert daher **sofortige Entlastungsmaßnahmen**:

1. **Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Kraftstoffe für Taxi- und Mietwagenbetriebe**  
*oder alternativ*
2. **Direkte staatliche Unterstützung** (z. B. Dieselszuschuss, Steuererstattung oder Sonderabschreibung)

### **Begründung:**

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung verfolgt langfristige Lenkungsziele. Das Taxi- und Mietwagengewerbe kann jedoch kurzfristig weder auf alternative Antriebe umstellen noch seine Preise frei gestalten. Die Abgabe wirkt hier **rein existenzbedrohend – nicht lenkend**. Gleichzeitig fließen die Einnahmen vollständig in den Klima- und Transformationsfonds, während die betroffenen Betriebe keine gezielte Entlastung erhalten.

Hierzu nochmals der TMV-Präsident Thomas Kroker: „**Wer Mobilität politisch will, muss sie auch wirtschaftlich ermöglichen. Es kann nicht sein, dass ein systemrelevantes Gewerbe zwischen Ölkonzernen und Staatskasse zerrieben wird.**“